

TLZ-Streitgespräch: Wie sozialdemokratisch ist eigentlich mittlerweile die Thüringer Union?

MEIN TAG

Schwarz-rot-gold

Von Hartmut Kaczmarek



Beide trugen – unabgesprochen – Schwarz-Rot-Gold, als sie sich in der TLZ-Redaktion trafen. Die Krawatten in den Nationalfarben gehören für Mike Mohring und Uwe Barth mittlerweile zum modischen Outfit bei jeder Fußballwelt- oder Europameisterschaft. Aber nicht nur modisch stehen sich die beiden nah. Auch politisch. Und da verbindet den Christdemokraten Mohring mit Barth in manchen Fragen vielleicht sogar mehr als mit einigen seiner eigenen Parteifreunde. „Über die Sozialdemokratisierung der CDU sollen die beiden sich streiten? Wo soll denn da der Streit herkommen?“, schmunzelte ein CDU-Mann im Vorfeld.

Mohring steht eben in der eigenen Partei für die Abteilungs-Attacke und für klare CDU-Positionen. Daran ließ er auch im Disput mit Barth keinen Zweifel aufkommen. Natürlich liegen ihm und der CDU-Fraktion manche Koalitionskompromisse, vor allem in der Bildungspolitik, wie ein Stein im Magen. Aber um des lieben Koalitionsfriedens muss er auch die schlucken.

Mohring und Barth – zwischen beiden stimmt die Chemie in vielen politischen Dingen. Eine Szene ist mir da in Erinnerung. Es war bei der Wahl der Ministerpräsidentin. Zweimal hatte Christine Lieberknecht die nötige Mehrheit

verfehlt. Quertreiber aus den eigenen Reihen – bis heute unbekannt – hatten ihr die Wahl vermässelt. Doch als Bodo Ramelow, der Linksparteifraktionschef, spontan seine Gegenkandidatur für den dritten Wahlgang ankündigte, sah man Barth und Mohring ganz schnell die Köpfe zusammenstecken. Der Liberale signalisierte dem CDU-Mann: Jetzt stehen wir zu euch, die Bürgerlichen halten zusammen. Und mit den FDP-Stimmen klappte dann auch die Wahl von Lieberknecht im dritten Anlauf.

Schwarz und Gelb würden in Thüringen nach 2014 schon gerne zusammengehen – wenn es denn rechnerisch reicht. Dafür müssen beide aber noch kräftig zulegen. Und inhaltlich ist noch eine gehörige Portion Überzeugungsarbeit nötig, dass Schwarz und Gelb es besser könnten als Schwarz-Rot – gerade weil es in Berlin derzeit so läuft wie es läuft.

Die gemeinsame Krawatte allein reicht da nicht.



Wer macht die bessere bürgerliche Politik? CDU-Fraktionschef Mike Mohring und FDP-Landes- und Fraktionschef Uwe Barth trafen sich in der TLZ-Redaktion zum Streitgespräch. Foto: Peter Michaelis

Lässt sich die Union zu viel gefallen?

Weimar. (mar) In zahlreichen TLZ-Interviews ist der Thüringer FDP-Fraktionschef Uwe Barth mit der CDU hart ins Gericht gegangen. Sie werde immer mehr sozialdemokratisch, die SPD-Minister könnten in der Wirtschafts- und Bildungspolitik machen was sie wollten, ohne dass ordnung eingegriffen werde. Die Union lasse sich zu viel gefallen, so der Hauptvorwurf von Barth, der auch von der Ministerpräsidentin eine klare Kante in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten verlangte. Und schließlich: Die FDP sei nicht nur die einzige bürgerliche Oppositionspartei im Landtag sondern auch, wenn die Entwicklung so weitergehe, überhaupt die einzige bürgerliche Partei im Parlament.

Das musste Widerspruch herausfordern. Die TLZ bat deshalb Barth und den CDU-Fraktionschef Mike Mohring zum Streitgespräch, in dem die Frage, wie sozialdemokratisch ist die Thüringer CDU denn nun wirklich, geklärt werden sollte. Dabei stellte sich heraus, dass sich die beiden in vielen Bereichen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, einig waren. Zielscheibe der Attacken von beiden Seiten war in dem Gespräch vor allem Wirtschaftsminister Matthias Machnig. Und auch darüber erzielten Mohring und Barth schnell Einvernehmen: 2014 wird es in Thüringen zu einem Lagerwahlkampf kommen. Den habe die SPD mit ihrer deutlichen Annäherung an die Linkspartei bereits in Gang gesetzt, sagen beide übereinstimmend.

„Entscheidend ist doch, was rauskommt“

FDP-Barth wirft der CDU eine Sozialdemokratisierung vor – CDU-Mohring: In der täglichen Arbeit beweisen wir das Gegenteil

Von Hartmut Kaczmarek

Weimar. Eine zu hohe Neuverschuldung, eine sozialdemokratisch geprägte Schulpolitik: Das sind die beiden Kernvorwürfe, auf die der FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth seine Behauptung stützt, die Thüringer CDU sei zu sozialdemokratisch geworden. Dem widerspricht in einem TLZ-Streitgespräch der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring heftig. Er will die SPD-Ressorts auf einen noch härteren Sparkurs zwingen, kündigt er an. Weitgehend einig sind sich Barth und Mohring in ihrer Analyse der Wirtschaftspolitik von SPD-Minister Matthias Machnig. Der ernte nur die Früchte der Vergangenheit, so Mohring. Und Uwe Barth ist davon überzeugt, dass FDP und CDU gemeinsam das besser könnten.

Herr Barth, Sie werfen der CDU vor, zu sozialdemokratisch zu sein. Warum?

Barth: Die CDU macht in der Koalition mit der SPD eine Politik, die sich teilweise weit neben ihrem Wahlprogramm und ihren Grundüberzeugungen bewegt.

Beispiele?

Barth: Schulpolitik, Haushaltspolitik. Es gibt sicherlich Koalitionszwänge. Aber der Vertretung bürgerlicher Interessen in Thüringen tut es gut, dass es die FDP gibt.

Fühlen Sie sich Herrn Mohring manchmal näher als anderen Vertretern der CDU, weil sich der CDU-Fraktionschef doch stärker als vielleicht andere gegen die Sozialdemokratisierung stemmt?

Barth: Er beschreibt öfter einen Pfad der Tugend, den zumindest der Teil seiner Partei, der in Thüringen regiert, so nicht mitgeht.

Herr Mohring, wie nahe sind Sie politisch Uwe Barth?

Mohring: Zur Klarstellung: Die gesamte Thüringer CDU regiert mit, nicht nur ein Teil. Mit Uwe Barth arbeite ich politisch gut zusammen, wir verstehen uns aber auch persönlich gut und

sind beide Carl-Zeiss-Jena-Fans. Übrigens: Auch mit dem SPD-Fraktionschef Uwe Höhn, meiner linken Herzkammer, arbeite ich gut zusammen.

Wie sozialdemokratisch ist denn nun die Thüringer CDU?

Mohring: In der täglichen Arbeit beweisen wir doch, dass dieser Vorwurf nicht hält. Beispielsweise, wenn wir solide Haushalte aufstellen, wenn wir bürgernahe Strukturen in Thüringen entwickeln, wenn es darum geht, die richtige Schule für jeden in Thüringen zu finden oder eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik zu machen, wenn es um die Auseinandersetzung mit Verfassungsfeinden geht oder darum, bezahlbare Energieversorgung auf den Weg zu bringen und den Familien Wahlfreiheit zu ermöglichen. Hier ringen wir täglich mit dem Koalitionspartner um Kompromisse

Pfad der Tugend wird verlassen

Barth: Das mag ja alles sein. Aber wenn es in die Details geht, dann sieht man genau diesen Unterschied zwischen dem Pfad der Tugend und der täglichen Politik. Ein Sozialdemokrat hat mal gesagt, entscheidend ist, was hinten rauskommt. Und genau darum geht es.

Mohring: Der „Sozialdemokrat“ hieß übrigens Helmut Kohl.

Barth: Jetzt wissen wir endlich, wer an der Sozialdemokratisierung Schuld ist.

Herr Barth, was kommt denn Falsches hinten raus?

Barth: Eine zu hohe Neuverschuldung, eine sozialdemokratisch geprägte Schulpolitik. Mir fehlt beispielsweise ein klares Stoppsignal, wenn Bildungsminister Christoph Matschie sagt, er will die Gemeinschaftsschule zur vorherrschenden Schulart in Thüringen machen.

Herr Mohring, wie stark leiden Sie unter den Zwängen der Koalitionsrason?

Mohring: Leiden ist der falsche

Ausdruck. Es ist ein immerwährender Kampf um Profilierung der Partei und der Fraktion. Diese Profilierung muss auch sein, um dem Wähler klarzumachen, wofür die CDU steht. Und was die Schulpolitik angeht: Die CDU hat erreicht, dass das gegliederte Schulsystem das Herzstück der Thüringer Schulpolitik ist. Daran wird nicht gerüttelt. Was wir darüber hinaus feststellen: Das Modell der Gemeinschaftsschule scheint sich nicht zu bewähren. Es wird von den meisten Eltern abgelehnt.

Barth: Vollkommen einverstanden. Aber man muss aufpassen, dass sich der Wandlungsprozess der Schulen nicht schleichend vollzieht. Ein Beispiel: In Jena gibt es ab dem Sommer keine Regelschule mehr.

Herr Mohring, wo liegt für sie die Grenze für Koalitionskompromisse?

Mohring: Die eigene Identität muss gewahrt bleiben. Aber man muss auch erklären, was in der Koalition stattfindet. Deshalb werde ich auch in der eigenen Partei um einen intensiven und in der ganzen Breite einer Volkspartei geführten Diskurs darum, für welche Positionen die Partei steht. Dann kann man auch Kompromisse erklären.

Sind Sie dann also derjenige, Herr Mohring, der die eigene Position der CDU nach außen vertritt?

In dieser Rolle sehe mich als Fraktionsvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied. Mit der Landesvorsitzenden Christine Lieberknecht bin ich mir völlig einig über diese Rollenverteilung. Das ist mit der Situation in einer Fußgängerzone vergleichbar. Die Leute gehen in ihr Stammgeschäft, wenn sie in der Auslage sehen, was sie erwarten. Wenn die jedoch leergeräumt ist oder die Produkte im Nachbargeschäft angeboten werden, bleibt die Stammkundschaft aus. So ist es auch mit Stammwählern. Und trotzdem muss am Ende der Kompromiss mit dem Koalitionspartner stehen. Aber vor der Entscheidung kommt die Debatte.

Herr Barth, Sie haben eben als einen der Kritikpunkte auch die Haushaltspolitik genannt. Aber gerade da ist doch die CDU deutlich auf Sparkurs?

Barth: Sie weicht aber auch hier vom Pfad der Tugend ab. Nehmen Sie die Debatte um die Schuldenbremse oder auch einzelne krisenrelevante Ausgabenpositionen wie die Vielzahl von Gutachten, die Inflation der Landesbeauftragten und viele andere Dinge, die man sich gerne gönnt.

Mohring: Wenn wir eine verfassungsändernde Mehrheit hätten, wäre die Schuldenbremse schon in Kraft.

Barth: Einen Gesetzentwurf dafür haben wir in den Landtag eingebracht, aber die Koalition hat ihn abgelehnt.

Staat nicht klüger als der Markt

Herr Mohring, können Sie sich in der Koalition mit einem Sparkurs nicht durchsetzen?

Mohring: Das Ende der Aufnahme neuer Schulden trägt ganz klar die Handschrift der CDU-Fraktion. Die Verankerung einer Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung im Jahre 2008 hat uns dabei entscheidend geholfen. Wir haben den Haushaltszug wieder auf die Gleise der Konsolidierung gestellt, jetzt muss die Reise weitergehen. Das heißt Ausgaben reduzieren, keine neuen Schulden machen, Rücklagen bilden, Schulden tilgen und Wachstum generieren. Auf diesen Säulen muss die Finanzpolitik stehen, sonst schaffen wir den Konsolidierungsprozess bis 2019 nicht.

Beim Koalitionspartner, Herr Mohring, sieht man aber eher Tendenzen in die andere Richtung, beispielsweise wenn Christoph Matschie davon spricht, Sparpolitik könne nicht alles sein.

Mohring: Ich halte es bei einer solchen Fragestellung mit Konrad Adenauer. Der hat immer gesagt, man kann eher einen Hund an der Wursttheke vorbeiführen als einen Sozialdemokraten am Geld fremder Leute. Da

hat der Altkanzler recht. Auch ich spüre das im täglichen Geschäft in Erfurt. Wir haben in Thüringen derzeit das höchste Steuereinnahmenniveau seit der Wiedervereinigung. Es ist jetzt die Zeit, Haushalte ohne neue Schulden zu machen und sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen. Darauf werden wir achten.

Barth: Auch für einen Doppelhaushalt sind alle Voraussetzungen erfüllt. Nur der Koalitionspartner SPD macht nicht mit. Für mich zählt die Haushaltspolitik zu den Politikfeldern, bei denen ich sofort sage: Zusammen würden wir das besser machen.

Herr Mohring, was ist für Sie bei den anstehenden Haushaltsgesprächen nicht verhandelbar?

Mohring: Mit uns wird es keinen Haushalt mit einer Neuverschuldung geben. Mit uns wird es kein ansteigendes Haushaltsvolumen geben. Der Personalabbau muss umgesetzt werden. Und wir müssen bei der Konsolidierung die Ressortaufteilung beachten. Sozialdemokratische Ressorts verwalten 70 Prozent des Budgets. Das muss sich auch in den Konsolidierungsbemühungen widerspiegeln.

So sollten also auch die Einsparungen sein?

Mohring: Haushaltspolitik auf Augenhöhe kann nicht heißen, dass die CDU-Ressorts mindestens 50 Prozent der Einsparungen erbringen und der Rest nur durch vermeintliche Mehrbuchungen von EU-Einnahmen zusammenkommt, die dann überhaupt nicht fließen. Seriose Haushaltspolitik sieht so nicht aus.

Barth: Wobei wir die Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung verwenden würden, wenn wir in der Regierung wären.

Herr Barth, könnten Sie auch in der Wirtschaftspolitik besser zusammen regieren?

Barth: Es ist keine große Herausforderung, eine bessere Wirtschaftspolitik als die des jetzigen SPD-Wirtschaftsministers

Machnig zu machen.

Mohring: Wir beide würden für eine Wirtschaftspolitik des Vertrauens stehen.

Barth: Wir würden für eine thüringergerechte Wirtschaftspolitik stehen. Vertrauensvoll heißt, dass man nicht mal eben bei Förderprogrammen die Regeln ändert. Ein Staatssekretär einer schwarz-gelben Landesregierung würde sich auch ganz bestimmt nicht ins Plenum stellen und sagen, Ausbeutung sei das normale Geschäftsmodell in Thüringen.

Mohring: Vertrauensvolle Wirtschaftspolitik ist eine Politik, die darauf setzt, dass der Markt und die Unternehmen vernunftgeleitet ihre Arbeit erledigen und der Staat nicht dauernd klüger als der Markt sein will. So gesehen kann man Wirtschaftspolitik so gestalten, wie es aus dem Hause Machnig heraus geschieht oder so, wie wir sie uns vorstellen.

Die Früchte der Vergangenheit

Ist das auch der Koalitionsrason geschuldet, wenn Sie sagen, eigentlich würden wir alles anders machen? Sie sind doch der größere Teil der Regierung. Warum nehmen Sie nicht mehr Einfluss?

Mohring: Jenseits der wöchentlich erscheinenden bunten Hochglanzbroschüren sind die entscheidenden Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht worden. Die CDU-geführten Landesregierungen haben dafür gesorgt, dass wir heute die Früchte auch einer guten Infrastrukturpolitik ernten können. Wäre es nach Sozialdemokraten gegangen, hätten wir heute noch keine Waldautobahn und würde an der ICE-Trasse nicht weitergebaut.

Heißt es, Machnig erntet die Früchte der Vergangenheit?

Mohring: Ja. Und die wenigen Jahre, in denen er hier Verantwortung trägt, erschüttern nicht die Thüringer Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger war so angelegt, dass sie nachhaltiger und langfristiger

wirkt, weil Unternehmen ihre Ansiedlungsentscheidungen nicht an den Intervallen von Landesregierungen ausrichten. Wirtschaftspolitik baut auf langfristige Verlässlichkeit. Das diese nicht zerstört wird, darauf müssen wir im Tagesgeschäft achten. Die Wirtschaft muss wissen, dass sie sich auf die Landesregierung als Ganzes verlassen kann.

Barth: Und vor allem darauf, dass die Landesregierung, namentlich der Wirtschaftsminister, den Standort nicht schlecht redet.

Ich frage mich, wenn Sie sich so fürchterlich einig sind...

Mohring: ...das ist nicht fürchterlich.

...warum unternimmt die CDU dann wirtschaftspolitisch keine Kurskorrekturen?

Mohring: Wir unternehmen schon was. Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Staatskanzlei sich jetzt um das Thema der Zukunft von Eon Thüringen kümmert. Genau das meine ich: Wir müssen aufpassen, dass bei langfristigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Kurs stimmt.

Barth: Das läuft unter der Rubrik, das Schlimmste verhindern. Generell gilt doch: Die Identität unserer Wirtschaft, die durch einen starken Mittelstand geprägt ist, wird durch die Politik der Landesregierung gefährdet.

Mohring: Ich widerspreche ausdrücklich.

Barth: O.k. Das nehmen wir ins Protokoll. Es mag ja sein, dass unsere Wirtschaft so stark ist, dass sie fünf Jahre Machnig aushält, aber es bleiben am Ende mindestens fünf verlorene Jahre für Thüringen.

Lesen Sie im zweiten Teil des Streitgesprächs am Montag: Wie die CDU die Wirtschaftspolitik von Matthias Machnig entkernt – Warum die Richtlinienkompetenz der Ministerpräsidentin im Koalitionsausschuss endet – Wieso es 2014 zu einem Lagerwahlkampf in Thüringen zwischen Rot-Rot und Schwarz-Gelb kommen wird.